

**Sitzung vom 26. April 2017 / Geschäft Nr. 5**
**Bericht**
**Interpellation Mario Morger (glp) und Mitunterzeichner betreffend "Finanziell und ökologisch nachhaltige Standortpolitik"; Antwort**
**1. Ausgangslage**

Am 27. März 2017 wurde folgende Interpellation eingereicht:

Erstunterzeichner/in: Mario Morger (glp)  
 Mitunterzeichner: Andreas Buser (glp)

*"Am 12. Februar 2017 wurde die Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform III vom Volk klar abgelehnt. Die mancherorts befürchteten, zum Teil hohen Steuereinbussen waren wohl abstimmungsentscheidend.*

*In Zollikofen ist die Situation grundlegend verschieden von z.B. Biel, Ittigen oder Köniz. Nur gerade etwa 5% der Steuereinnahmen (rund 1 bis 1.2 Mio. jährlich) werden durch die Unternehmen beigetragen. Mit anderen Worten: Zollikofens Finanzen hängen zwar nicht vom Erfolg einzelner Unternehmen ab, andererseits können wir aber auch nicht auf wiederkehrenden Geldsegen hoffen, wie das bei anderen Gemeinden der Fall ist. Die tiefe Bedeutung der Unternehmenssteuern für das Zollikofner Budget erstaunt. Der Gemeinderat wird daher gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:*

1. *Zollikofen hat viele öffentlich-rechtliche Institutionen (Inforama Rütli, Berner Fachhochschule, Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung, Bundesamt für Informatik und Telekommunikation etc.). Öffentlich-rechtliche Institutionen zahlen in der Regel weder Gewinn- noch Liegenschaftssteuern. Inwieweit beteiligen sich diese Institutionen an den Infrastrukturkosten der Gemeinde?*
2. *Gemäss Auskunft vom Bundesamt für Statistik wurden 2011 in Zollikofen rund 77% der Stellen durch auswärtige Arbeitnehmende besetzt. Ein Grossteil der in Zollikofen Beschäftigten bezahlen hier also keine Einkommenssteuern, belasten jedoch die Verkehrsinfrastruktur. Welche Möglichkeiten (neben Parkgebühren) stünden der Gemeinde offen, um von den oben genannten Institutionen einen nachhaltigen Beitrag zur Finanzierung der Infrastrukturkosten und der durch die grossen Pendlerströme verursachten Kosten (Lärm, Verkehrsbelastung) zu erhalten?*
3. *Wie beurteilt der Gemeinderat – gerade auch in Hinblick auf die anstehende Ortsplanungsrevision – die folgende Strategie einer nachhaltigen Standortpolitik: Weitere Um- und Einzonungen zugunsten von Unternehmen, welche keine oder kaum Unternehmenssteuern bezahlen, sind, soweit kein hohes öffentliches Interesse vorliegt, zu vermeiden. Stattdessen soll sich die Gemeinde verstärkt darum bemühen, privatwirtschaftliche Unternehmen für Zollikofen zu gewinnen, welche das Angebot an bestehenden leerstehenden Büroräumen nutzen, Gewinnsteuern entrichten und so helfen, das Budgetdefizit zu schliessen."*

Autor:	Speicherdatum	Pfad, Datei:	Datum, Zeit / User	Version	Seite
Beat Baumann	07.04.2017	g:\00_daten\01_präsidiales\001_zd\0090_ggr\0093_sitzungen\2017\20170426\i_morger_standortpolitik.docx	07.04.2017 11:14 / ks	1.4	1 von 2

## 2. Antwort

### Frage 1

*Zollikofen hat viele öffentlich-rechtliche Institutionen (Inforama Rütli, Berner Fachhochschule, Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung, Bundesamt für Informatik und Telekommunikation etc.). Öffentlich-rechtliche Institutionen zahlen in der Regel weder Gewinn- noch Liegenschaftssteuern. Inwieweit beteiligen sich diese Institutionen an den Infrastrukturkosten der Gemeinde?*

Diese Institutionen beteiligen sich nicht an den Infrastrukturkosten der Gemeinde, mit Ausnahme der Gebühren für die Ver- und Entsorgung. Beim Erlass der ZPP-Vorschriften Meielen-Nord wurden mit der Eidgenossenschaft die Übernahme von wesentlichen Erschliessungskosten (Zugang RBS-Station Oberzollikofen sowie Erstellung Zugang Bahnhof Zollikofen) geregelt.

### Frage 2

*Gemäss Auskunft vom Bundesamt für Statistik wurden 2011 in Zollikofen rund 77% der Stellen durch auswärtige Arbeitnehmende besetzt. Ein Grossteil der in Zollikofen Beschäftigten bezahlen hier also keine Einkommenssteuern, belasten jedoch die Verkehrsinfrastruktur. Welche Möglichkeiten (neben Parkgebühren) stünden der Gemeinde offen, um von den oben genannten Institutionen einen nachhaltigen Beitrag zur Finanzierung der Infrastrukturkosten und der durch die grossen Pendlerströme verursachten Kosten (Lärm, Verkehrsbelastung) zu erhalten?*

Es besteht keine rechtliche Grundlage, einen solchen Infrastrukturbeitrag zu erheben.

### Frage 3

*Wie beurteilt der Gemeinderat – gerade auch in Hinblick auf die anstehende Ortsplanungsrevision – die folgende Strategie einer nachhaltigen Standortpolitik: Weitere Um- und Einzonungen zugunsten von Unternehmen, welche keine oder kaum Unternehmenssteuern bezahlen, sind, soweit kein hohes öffentliches Interesse vorliegt, zu vermeiden. Stattdessen soll sich die Gemeinde verstärkt darum bemühen, privatwirtschaftliche Unternehmen für Zollikofen zu gewinnen, welche das Angebot an bestehenden leerstehenden Büroräumen nutzen, Gewinnsteuern entrichten und so helfen, das Budgetdefizit zu schliessen.*

Mit der Ortsplanung wird das Gemeindegebiet in Bau- und Nichtbauzone eingeteilt. Innerhalb der Bauzone wird nach einzelnen Nutzungsarten (Wohnen, Arbeiten, Mischnutzung, öffentliche Nutzung, etc.) unterschieden. Dabei ist es grundsätzlich nicht relevant, wer Grundeigentümer oder Nutzer der entsprechenden Parzellen ist. Zudem können die Besitz- oder Nutzerverhältnisse jederzeit ändern. Auch für juristische Personen gilt die Niederlassungsfreiheit. Die generelle Ortsplanungsrevision ist daher das falsche Instrument bzw. wenig geeignet, um gezielte und individuell-konkrete Ansiedlungspolitik zu betreiben.

Mehrwerte die durch Um- und Einzonungen entstehen, wurden bisher immer mit Mehrwertabschöpfungen auf vertraglicher Basis durch die Gemeinde abgeschöpft. So hat beispielsweise die Eidgenossenschaft erhebliche Beiträge an Infrastrukturbauten in der Meielen geleistet. Mit der aktuellen Ortsplanungsrevision werden keine Um- oder Einzonungen zugunsten von öffentlich-rechtlichen Unternehmungen vorgenommen.

Zollikofen, 27. März 2017

GEMEINDERAT ZOLLIKOFEN

Daniel Bichsel  
Präsident

Stefan Sutter  
Sekretär

Autor:	Speicherdatum	Pfad, Datei:	Datum, Zeit / User	Version	Seite
Beat Baumann	07.04.2017	g:\00_daten\01_präsidentiales\001_zd\0090_ggr\0093_sitzungen\2017\20170426\i_morger_standortpolitik.docx	07.04.2017 11:14 / ks	1.4	2 von 2